

Russland heute – kurze Einblicke

POLITISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN IN ZEITEN DES
UKRAINE-KONFLIKTS

Die Ereignisse in der Ukraine, Russlands Einflussnahme und nicht zuletzt die Sanktionen des Westens gegen Russland haben das Land zusammenrücken lassen. Spielräume für Kritiker werden im Gegenzug weiter eingeschränkt.

Es mag erstaunen, dass in einer Zeit, da Russland sich tief in einen Konflikt mit der Ukraine und in eine weitreichende Konfrontation mit dem Westen begeben hat, kaum Spannungen in der russischen Gesellschaft wahrzunehmen sind. Folgt man allerdings den allabendlichen Fernsehprogrammen, wird dieser Umstand schon verständlicher. 94 Prozent der russischen Bevölkerung beziehen ihre Informationen zu den Ereignissen in der Ukraine aus dem Fernsehen.¹ Dort wird seit Monaten über die gerechte Sache Russlands, den Einsatz für die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine und vor allem auf der Krim berichtet. Es wird demonstriert, dass sich Russland durch den Westen weder bevormunden noch in die Ecke drängen lässt. Präsident Putin präsentiert sich als starker politischer Führer. Seine Zustimmungswerte sind seit Anfang des Jahres kontinuierlich gestiegen und liegen inzwischen bei 86 Prozent.² Viele Russen fühlen sich wohl bei dem Gedanken, wieder Teil einer Großmacht zu sein.

Unterschiedliche Haltungen zur Krim und zur Ostukraine

¹ <http://www.levada.ru/12-05-2014/rossiyane-ob-osveshchenii-ukrainskikh-sobytii-i-sanktsiyakh>

² <http://www.levada.ru/24-09-2014/sentyabrskie-reitings-odobreniya-i-doveriya> zweite Graphik, blaue Linie bedeutet Zustimmung

Dabei unterscheidet die Bevölkerung zwischen den Ereignissen auf der Krim und denen im Osten der Ukraine. Für viele ist die Krim immer ein Teil Russlands gewesen. Sie fühlen eine moralische Legitimation für die Eingliederung der Krim in die Russische Föderation. Das geht durch alle Bevölkerungsschichten, womit sich die hohen Zustimmungsraten erklären. Manch einer der Intellektuellen war schockiert darüber, wie schockiert der Westen auf die Annexion reagierte. Man hatte mit deutlich mehr Verständnis gerechnet. Putin selbst verwies bei seiner Rede am 18. März 2014, in der er feierlich die Aufnahme der Krim und Sewastopols verkündete, auf die Wiedervereinigung Deutschlands, die sein Land unterstützt hatte und man deshalb davon ausgeht, dass gerade die Deutschen besonderes Verständnis zeigen werden.³

In Bezug auf die Ostukraine geht es für die meisten Russen hingegen nicht um die Frage einer Eingliederung in Russland. Vielmehr glaubt man an die Notwendigkeit, „den bedrohten Brüdern“ helfen zu müssen. Die Unterstützung der Separatisten, von denen jeder ausgeht, dass sie umfassend erfolgt, findet Zustimmung. Ein offizielles direktes militärisches Eingreifen würde derzeit dagegen keine Mehrheit finden. Radikale Nationalisten sind bezüglich dieser Zurückhaltung allerdings unzufrieden.

Diskussionen über die Ereignisse in der Ostukraine konzentrieren sich zunehmend auf die Frage der Flüchtlinge aus der Ostukraine, die inzwischen viele russische Kom-

³ <http://eng.kremlin.ru/transcripts/6889>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Russische Föderation
CLAUDIA CRAWFORD

Oktober 2014

www.kas.de/moskau

munen vor große Herausforderungen stellt.⁴ Das UNHCR teilte bereits im August mit, dass etwa 730.000 Flüchtlinge aus der Ukraine nach Russland geflohen seien. Inzwischen gehen die russischen Behörden von über 900.000 Flüchtlingen aus, von denen schon viele einen Asylantrag gestellt haben. Unter anderem müssen Arbeits-, Schul- und Kindergartenplätze bereitgestellt werden. Da die wirtschaftliche Situation vielerorts schwierig ist, führen diese Aufgaben in vielen Kommunen zu einer erheblichen Belastung. So ist es nicht verwunderlich, dass nach einer Umfrage von WZIOM 45 Prozent der Russen der Ansicht sind, dass die Flüchtlinge in die Ukraine zurückkehren sollten.⁵

Regional- und Kommunalwahlen bestätigen bestehende Machtverhältnisse

Am 14. September 2014 waren rund 75 Millionen Wähler in Russland aufgerufen, in 30 Regionen Gouverneure, 14 Regionalparlamente und tausende Kommunalparlamente neu zu wählen. Es waren die ersten größeren Wahlen in Russland seit der Annexion der Krim. Aber aufregend waren sie nicht. Sie bestätigten viel mehr, dass Spannungen in der Gesellschaft derzeit wenig zu spüren sind.

Schon der Wahlkampf verlief sehr ruhig. Beim Gang durch die Straßen Moskaus fiel kaum auf, dass schon bald Kommunalwahlen stattfinden sollten. Es bedurfte schon eines genauen Blickes, um die wenigen Wahlplakate zu entdecken. Andernorts in Russland war es genauso. Ein Wahlkampf fand de facto nicht statt.

Die meisten Wähler gingen wohl davon aus, dass die Sieger schon feststünden. Wo es für die Machthaber hätte eng werden können, wurden administrative Ressourcen eingesetzt, um die gewünschten Ergebnisse abzusichern. Die Partei der Macht, Einiges Russland, hatte nicht nur den besseren Zu-

⁴ <http://de.ria.ru/politics/20141001/269686501.html> und <http://de.ria.ru/zeitungen/20141008/269740279.html>

⁵ <http://de.ria.ru/zeitungen/20140930/269674408.html>

gang zu den staatlichen Medien. Auch die Regeln für die Registrierung der Kandidaten wurden derart justiert, dass viele schon im Vorfeld aussortiert wurden. Dies betraf natürlich nicht alle Oppositionskandidaten und dafür auch einige Kandidaten von Einiges Russland – ein bisschen Demokratie sollte schon sein.⁶

Das Ergebnis fiel entsprechend aus. Die Amtsinhaber wurden wiedergewählt und die bestehenden Mehrheiten in den kommunalen Parlamenten bestätigt. Auf der Krim, wo das erste Mal durch Russland Wahlen durchgeführt wurden, erreichte Einiges Russland ca. 70 Prozent.⁷

Dass es eigentlich nichts zu entscheiden gab, zeigte sich in dem großen Desinteresse der Wähler. 58 Prozent der Wähler gaben in einer Umfrage des renommierten Lewada-Zentrums an, dass sie sich nicht für die Wahl interessiert haben.⁸ Mit durchschnittlich 25 bis 30 Prozent fiel die Wahlbeteiligung entsprechend niedrig aus.⁹ In Moskau lag sie bei 21 Prozent.¹⁰ Es gab jedoch auch Ausnahmen. Beispielsweise lag die Beteiligung für die Gouverneurswahlen in der Region Woronesch bei fast 54 Prozent. Der bisherige Gouverneur wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt. Die Wähler scheinen mit seiner Arbeit, mit der Entwicklung von Stadt und Region, zufrieden zu sein.

Das „höfliche“ Alphabet

Es gibt politischen Eifer, der hier und da besondere Blüten treibt. Eine Schule in Irkutsk hat zum Erlernen des russischen Alphabets die Buchstaben mit neuen Begriffen belegt.¹¹ Es fängt an mit „A“ wie „Antimaidan“. Das „B“ (deutsch „W“ gesprochen) steht für

⁶ <http://www.dw.de/wahlen-auf-russisch-auch-auf-der-krim/a-17915528>

⁷ <http://www.kommersant.ru/doc/2568094>

⁸ <http://www.levada.ru/26-09-2014/proshedshie-regionalnye-i-munitsipalnye-vybory>

⁹ <http://itar-tass.com/infographics/8018>

¹⁰

<http://news.mail.ru/inregions/center/36/politics/19528009/>

¹¹

<http://www.novayagazeta.ru/society/63500.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Russische Föderation
CLAUDIA CRAWFORD

Oktober 2014

www.kas.de/moskau

„Höflichkeit“ (вежливость). Das Bild neben dem Buchstaben ist ein Soldat, der einem Kind etwas reicht – eine Anspielung auf die „Höflichen Menschen“, wie die unbekanntes Uniformierten auf der Krim im März genannt wurden. Es geht weiter über „П“ (dem deutschen „P“) wie „Putin“. Das „Ы“ wird für die russische Schreibweise der Krim genutzt, die in der Ukraine stattdessen mit „И“ geschrieben wird. Am Ende des russischen Alphabets steht ein „Я“ – im konkreten Fall steht es für Ялта, auf Deutsch: Jalta. Diese Neuerung ist einer besonders engagierten Jugendorganisation zu verdanken und Lehrern, die dies für ihre Schule zugelassen haben.

Auch ein bisschen Protest

Die hohe Zustimmung zu der derzeitigen russischen Außenpolitik darf nicht mit einer Zufriedenheit der Lebensumstände oder der Politik generell gleichgesetzt werden. Denn die ist nicht gegeben. Es ist schon erstaunlich, dass die Sanktionen Russlands, viele westliche Lebensmittel nicht mehr einzuführen,¹² akzeptiert werden. Kommuniziert werden sie mit den Argumenten, dass sie den Westen empfindlich treffen und sie zudem die Chancen für die Entwicklung der eigenen Agrarproduktion bieten. Über die steigenden Lebensmittelpreise infolge der Sanktionen ist man trotzdem unglücklich. Auch die Angebotspalette in den Geschäften hat sich verändert.

Es ist jedoch nicht zu erwarten, dass sich daraus eine Unzufriedenheit entwickelt, die in absehbarer Zeit in Massenproteste münden könnte. Die zurückliegenden Ereignisse haben das Land zusammenrücken lassen und die Bereitschaft, gegebenenfalls Nachteile in Kauf nehmen zu müssen, erhöht. Zudem sind die makroökonomischen Daten gut genug, um das Land eine Weile über Wasser zu halten. Der Modernisierungsabstand zum Westen wird in der Konsequenz größer werden. Die Folgen kommen aber erst später zum Tragen.

¹² <http://russian.rt.com/article/44295>

Aber es gibt auch jene Russen, die mit dem außenpolitischen Kurs ihrer Regierung nicht einverstanden sind und dies durch öffentlichen Protest bekunden. Am Sonntag, dem 21. September 2014, fand in Moskau eine genehmigte Demonstration statt, die offen den Kurs des Kremls kritisierte. Die Polizei sprach von 5.000 Teilnehmern, die Organisatoren, liberale Parteien und Gruppierungen, von 30.000. Sie setzten ein Zeichen – wenn auch ein kleines. Von Passanten mussten sich die Teilnehmer der Demonstration als Verräter beschimpfen lassen. Das Potential für solchen Protest ist nicht sehr groß. Bei Umfragen geben 12 Prozent an, dass sie sich vorstellen könnten, an einer Demonstration gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Ukraine teilzunehmen.¹³

Die Demonstranten machten während ihres Protests auch auf ein Tabu-Thema aufmerksam – die toten russischen Soldaten aus der Ostukraine, die es eigentlich nicht geben darf, da ja Russland angeblich nicht an den Kämpfen dort beteiligt ist. Für die betroffenen Familien handelt es sich um eine Tragödie, da ihnen nicht erlaubt ist, offen über ihren Verlust zu sprechen.¹⁴ Ebenso sind mögliche Entschädigungen, die üblicherweise den Hinterbliebenen von im Kampf gefallenen Soldaten zustehen, ungeklärt.¹⁵ Die Organisation der Soldatenmütter, die gegen Missstände innerhalb der russischen Armee eintritt und die vor allem durch ihre Aktivitäten im Zusammenhang mit dem ersten Tschetschenienkrieg bekannt wurde, verlangte von den russischen Behörden Auskunft zu den Berichten von gefallenen Soldaten. Nun wurde ein Zweig des Vereins aus Sankt Petersburg auf die Liste der ausländischen Agenten gesetzt.¹⁶

¹³ <http://www.levada.ru/25-09-2014/marshi-mira>

¹⁴ <http://www.novayagazeta.ru/society/64975.html> und http://gubernia.pskovregion.org/number_705/01.php

¹⁵ <http://www.colta.ru/articles/society/4372>

¹⁶

<http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/europa/einsatz-in-ukraine-hinterfragt-moskau-russische-soldatenmueter-sind-auslaendische-agenten-13125821.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Russische Föderation

CLAUDIA CRAWFORD

Oktober 2014

www.kas.de/moskau

(Selbst-)Isolation und Hinwendung nach Osten

Die Reaktion des Westens auf die Annexion der Krim und die Ereignisse in der Ukraine bestand im Wesentlichen in einer zunehmenden Isolierung Russlands. Ziel der Sanktionen des Westens ist vor allem, den Preis für Russlands Engagement im Osten der Ukraine möglichst hoch zu setzen. Manch einer in Russland verstand nicht, warum gerade in dem Moment die Sanktionen verschärft wurden, als Russland die Waffenruhe in der Ostukraine offiziell unterstützte. Dabei dürfte die Ankündigung der nächsten Sanktionsstufe bei Russlands Entscheidung eine Rolle gespielt haben. Sie soll ebenso Russlands Bereitschaft erhöhen, die Durchsetzung der immer noch brüchigen Waffenruhe zu sichern.

Folgt man allerdings der russischen Argumentation, dann leidet das Land nicht sonderlich unter seiner zunehmenden Isolation. Vielmehr wird sie als ein Impuls verstanden, die Orientierung nach Osten, vor allem nach China, zu verstärken. Bei vielen Intellektuellen wird diese Hinwendung gen Osten jedoch mit Skepsis verfolgt. Man weiß, dass China zuerst an die eigenen Interessen denkt und nicht die notwendige Modernisierung, die Russland benötigt, bringen kann.

Dass die Entwicklungen der letzten Monate auch ihre Spuren in der Einstellung der russischen Bevölkerung gegenüber der Europäischen Union hinterlassen haben, zeigt eine Umfrage des Lewada-Zentrums vom 3. Oktober 2014.¹⁷ 68 Prozent gaben eine negative Haltung an, gegenüber 60 Prozent im Juli und 34 Prozent im Januar. Die Zahl derer, die eine positive Haltung zur EU einnehmen, hat sich von 51 Prozent im Januar auf jetzt 19 Prozent verringert.

Erhöhter Druck auf Medien und Zivilgesellschaft

¹⁷ <http://www.levada.ru/03-10-2014/mezhdunarodnye-otnosheniya-ssha-es-ukraina-belarus-i-gruziya> dritte Grafik von oben

Die außenpolitische Isolation wird nach innen dazu genutzt, die Gesetzgebung für NGOs und Medien noch restriktiver zu gestalten. So wird von den NGOs, die sich politisch betätigen und Geld aus dem Ausland erhalten, nicht mehr verlangt, sich selbst als „Ausländischer Agent“ zu registrieren. Dies erfolgt jetzt automatisch durch das Justizministerium.¹⁸ Aber auch mit anderen Hindernissen müssen NGOs rechnen. Prominenter Fall ist Memorial, eine Menschenrechtsgruppe, die seit 1992 in Russland registriert ist. Jetzt hat das Justizministerium beim Obersten Gericht eine Klage eingereicht und beantragt die Schließung mit der Begründung, dass die Strukturen der Organisation nicht den gesetzlichen Erfordernissen entsprechen. Am 13. November 2014 wird dazu der Gerichtsprozess stattfinden.¹⁹ Nach einem neuen Gesetz vom 26. September 2014, das am 1. Januar 2016 in Kraft tritt, soll der Anteil von Ausländern an Massenmedien maximal 20 betragen darf, bislang waren es 50 Prozent. Entsprechende Medien haben bis zum 1. Januar 2017 Zeit, ihre Beteiligungen mit den neuen Regelungen in Übereinstimmung zu bringen.²⁰ Ebenso dürfen Ausländer keine Medien in Russland gründen. Ausgenommen sind Medien, die durch zwischenstaatliche Verträge gegründet wurden, wie die Fernseh- und Rundfunkgesellschaft der GUS.

Ein besonderes Augenmerk wird auf das Internet gelegt, das zurzeit noch frei und gerade für die aufgeklärte, politisch interessierte Bevölkerung die entscheidende Informationsquelle ist. Einige Internetseiten wurden bereits gesperrt. Blogger müssen sich jetzt bei der Aufsichtsbehörde melden, wenn deren Seite mehr als 3.000 Mal pro

¹⁸ <http://www.rg.ru/2014/06/06/nko-dok.html> und <http://www.dw.de/russlands-kampf-gegen-ngos-mit-auslandsbeziehungen/a-17849610> und <http://www.theeuropean.de/tanja-lokschina/8547-vorgehen-gegen-ngos-in-russland> und

<http://russland.boellblog.org/2014/06/10/ngo-agenten-jagd-nimmt-neue-fahrt-auf-fuenf-ngos-zwangsweise-zu-agenten-erklaert/>

¹⁹ <http://www.dw.de/klage-gegen-memorial/a-17990407>

²⁰ <http://de.ria.ru/politics/20140926/269650186.html>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Russische Föderation
CLAUDIA CRAWFORD

Oktober 2014

www.kas.de/moskau

Tag aufgerufen wird.²¹ Blogger haben gerade im Bereich Korruptionsaufdeckung viel beigetragen. Der Oppositionelle Alexej Nawalnyj ist das prominenteste Beispiel für die Wirkkraft der Bloggerszene. Es ist von daher kein Wunder, dass sie so manchem ein Dorn im Auge sind.

Zivilgesellschaft wird härter, Kritiker sehen sich eisigen Zeiten entgegen gehen. Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen bekommt der Umstand, dass die Duma vor einigen Wochen beschlossen hat, die Uhrzeit auf permanente Winterzeit umzustellen, eine ganz neue Bedeutung.

Eine neue Dimension enthält ein Gesetz vom 4. Juli 2014, das alle Internetanbieter verpflichtet, Personendaten russischer Staatsbürger ab dem 1.1.2016 physisch nur in Russland zu speichern.²² Einige ehrgeizige Abgeordnete möchten, dass diese Bestimmung schon ab dem 1.1.2015 in Kraft tritt.²³ Begründet wird dies mit dem Schutz der russischen Staatsbürger nach all den Enthüllungen über Datenspeicherungen wie durch den Geheimdienst der USA (NSA). Allerdings entstehen ganz praktische Umsetzungsschwierigkeiten in einer global vernetzten Welt, denn die neuen Bestimmungen stellen den internationalen Datenverkehr infrage. Auch ist nicht klar, ob die Speicherkapazitäten der Server in Russland reichen. Vermutet wird, dass mit diesem Gesetz die sozialen Netzwerke wie Twitter, YouTube und Facebook Schwierigkeiten bekommen sollen. Getroffen werden könnten aber auch Unternehmen wie Aeroflot, die auf internationale Server zugreifen. Die Folgen sind deshalb jetzt noch gar nicht abschätzbar, aber zu befürchten ist, dass sie die Abkopplung Russlands von den internationalen Märkten verstärken werden.

Ausblick

Es hat den Anschein, dass manch ein Politiker in Russland hofft, dass die zunehmende Isolierung am Ende der Entwicklung der eigenen Wirtschaft und Autonomie zugutekommt – ein Experiment, das schon mal gescheitert ist. Der Rubel erreicht in diesen Tagen gegenüber dem Dollar und dem Euro historische Tiefstände. Wirtschaftsprognosen sehen bereits Anzeichen einer Rezession. Der Umgang mit der politisch aktiven

²¹ <http://www.rg.ru/2014/05/07/informtech-dok.html>

²² <https://www.datenschutzbeauftragter-info.de/neues-russisches-gesetz-reguliert-globale-internetdienste/>

²³ <http://izvestia.ru/news/575983>



Konrad
Adenauer
Stiftung

Impressum

Konrad Adenauer Stiftung e.V.
Auslandsbüro Russland

Kuznetsky Most 21/5
107031 Moskau
Russische Föderation

Telefon: +7 495 626 00 75
Telefax: +7 495 626 00 76